

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

BAYERN

Fortbildungsseminar für Katastrophenmedizin

Ein zehnteiliges Fortbildungsseminar für Katastrophenmedizin führt die Bayerische Landesärztekammer zusammen mit der Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, München, im Laufe des Jahres 1981 durch.

In etwa vierwöchigen Abständen finden die Veranstaltungen jeweils mittwochs nachmittags in der Münchener Sanitätsakademie der Bundeswehr statt. Die Themen umfassen alle Aspekte der Katastrophenmedizin im Frieden und im Krieg einschließlich des Einsatzes von chemischen, biologischen und nuklearen Kampfmitteln. Für die Teilnahme an den Veranstaltungen ist eine vorherige Anmeldung bei der Bayerischen Landesärztekammer in München erforderlich. EB

BADEN-WÜRTTEMBERG

Krankenhäuser der Grundversorgung „besonders wichtig“

Für besonders wichtig hält Arbeits- und Sozialminister Dietmar Schlee die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhäusern der Grund- und Ergänzungsversorgung. Auf diesen Krankentyp – überwiegend kleinere und mittlere Häuser – entfallen in Baden-Württemberg heute etwa zwei Drittel der Krankenhausstandorte.

Sie könnten in der Regel von den Patienten schnell erreicht werden und entsprächen damit einem Prinzip, das Schlee „Patientennähe“ nennt.

Der gleichmäßig guten Krankenhausversorgung im Nahbereich habe Baden-Württemberg – im

Gegensatz zu anderen Bundesländern – schon immer einen hohen Stellenwert eingeräumt. Daß man damit einem zwingenden Bedürfnis entsprochen habe, gehe aus dem Umstand hervor, daß es sich bei mehr als 40 Prozent der Behandlungsfälle im Krankenhaus um leichtere Fälle handle, die der Grund- und Ergänzungsversorgung zuzuordnen seien.

Arbeits- und Sozialminister Schlee bekräftigte seine Entschlossenheit, auch in Zukunft der baulichen, medizinischen und technischen Verbesserung der Krankenhäuser die größte Bedeutung beizumessen. Dies gelte ungeachtet der fortschreitenden Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und ebenfalls auf dem Bausektor. Teure Überkapazitäten wolle man sich in Baden-Württemberg allerdings nicht leisten.

In den kommenden Monaten soll nach den Worten des Arbeits- und Sozialministers das Anhörungsverfahren zur Stufe II des Krankenhausbedarfsplanes zügig fortgesetzt werden. Sie werde die künftige Funktion, Größe, Leistungsstufe und fachliche Gliederung jedes einzelnen Krankenhauses verbindlich festlegen.

Für die Förderung von Baumaßnahmen an Krankenhäusern hat das Land Baden-Württemberg seit dem Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes im Jahre 1972 etwa zwei Milliarden DM aufgewandt. dr

HESSEN

Zu wenige Untersuchungen im Jugendarbeitsschutz

Auf Grund von Erhebungen der Gewerbeaufsicht hat Sozialminister Armin Clauss erneut darüber geklagt, daß Auszubildende und jugendliche Arbeitnehmer das Recht auf kostenlose Nachuntersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz in zu geringem Maße nutzen. Die Erstuntersu-

chungen bei Antritt eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses und die vorgeschriebene Untersuchung nach einem Jahr der Beschäftigung werden nach Angaben des Ministers von den Jugendlichen weitestgehend wahrgenommen; für die weiteren freiwilligen kostenlosen Nachuntersuchungen wurden jedoch im gesamten Jahr 1980 in Hessen von den Ärzten nur 313 Berechtigungsscheine abgerechnet, die bei Gemeinde- und Stadtverwaltungen erhältlich sind. WZ

Rettungsdienst für ABC-Unfall vorbereitet

Bei der Übergabe von Spezialausrüstungen für den Einsatz bei ABC-Unfällen an Rettungssanitäter, Notarzt- und Rettungshubschrauberhelfer in der Landes-Katastrophenschutzschule Geisenheim nahm Sozialminister Armin Clauss für Hessen in Anspruch, als bisher einziges Bundesland das Personal des Krankentransport- und Rettungsdienstes vollständig für ABC-Unfälle in Friedenszeiten ausgebildet und ausgerüstet zu haben. Innerhalb von drei Jahren wurde mit einem Kostenaufwand von 260 000 DM in allen 28 Rettungsleitstellen der Landkreise je eine Wagenbesatzung mit acht hauptamtlichen Sanitätern entsprechend ausgebildet und ausgerüstet. In einer zweiten Phase sollen nunmehr weitere 196 Sanitäter entsprechend ausgebildet und ausgestattet werden, damit bei jeder Leitstelle zwei komplette Wagenbesatzungen zur Verfügung stehen.

Clauss wies darauf hin, daß auf den Straßen in der Bundesrepublik täglich etwa 3000 Spezialfahrzeuge mit hochgiftigen, ätzenden, leicht entzündbaren oder explosiven Chemieprodukten unterwegs seien. Als Schnittpunkt vieler wichtiger Verkehrswege sei das Land Hessen den damit verbundenen Unfallgefahren in besonderem Maße ausgesetzt. WZ